

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Sieg der Arbeiterpartei.

Eine Botschaft Macdonalds.

V. Sch. London, 7. Dezember, 7 Uhr abends. (Eig. Drahtber.)

Im Laufe des heutigen Tages stellte es sich heraus, daß die konservative Niederlage katastrophal ist und daß gleich eilig der Triumph der Arbeiterpartei die höchsten Hoffnungen übersteigt. Man rechnet mit circa 195 Sitzen der Arbeiterpartei, 190 waren um 6 Uhr bereits gesichert. Fast durchweg ist auch ein riesiger Stimmenzuwachs der Labour Party zu verzeichnen. Die Regierungsmehrheit ist zusammengebrochen. Das Kabinett Baldwin wird wahrscheinlich seinen Rücktritt erklären, um Versuche irgendeiner Koalitionsbildung zu ermöglichen.

Aus den Wahlergebnissen seien noch folgende hervorgehoben: Genosse Ramsay Mac Donald ist mit einem Vorsprung von 3500 Stimmen wiedergewählt, ebenso die Genossen Smillie, Morel, Webb, Hodges, Snowden, Lansbury, Wallhead und die Genossin Margaret Boufield (Vorstandende des Gewerkschaftsverbandes). Auch der zweite Sohn Hendersons ist gewählt. Besonders groß sind die Erfolge der Arbeiterpartei in London, Wales, Nordengland und namentlich in Schottland, wo eine absolute sozialistische Mehrheit vorhanden ist. Der einzige kommunistische Abgeordnete Newbold ist geschlagen worden.

Eine Botschaft Macdonalds.

London, 8. Dezember. (Eig.) Ramsay Macdonald, der Führer der Arbeiterpartei, hat gestern an die Arbeiter folgende Botschaft gerichtet: „Dieser Tag muß mit roten Letzern in die Geschichte im gegenwärtigen Augenblick, in dem diese Botschaft an sie gerichtet seinen ersten scharfen vereinigen Angriffen steht die Arbeiterpartei im gegenwärtigen Augenblick, in dem diese Botschaft an sie gerichtet wird, nur um 73 Sitze hinter der konservativen Majorität zurück. Niemals hat das Land einer Partei ein bemerkenswerteres Vertrauensvotum gegeben. Die Zukunft hängt jetzt davon ab, wie die Partei ihre Macht ausnützen wird. Die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres beweisen, daß sie sich ihrer zu bedienen weiß.“

4 1/2 Millionen Stimmen für die Arbeiterpartei.

London, 8. Dezember. (Eig.) Nach der letzten von der Londoner Morgenpresse heute getragenen Liste über das Resultat der Wahlen verteilten sich die Stimmen folgendermaßen: Konservativen 254, Arbeiterpartei 192, Liberale 149, verschiedene 7. Die Konservativen schneiden also etwas schlechter ab, als man gestern abend zunächst meinte. Dagegen hat die Arbeiterpartei noch einige Sitze mehr. Daß die auf die Unabhängigen und trisphen Nationalisten entfallende Ziffer mit 7, statt wie gestern mit 10 eingestellt wird, ist darauf zurückzuführen, daß für einige dieser Kandidaten die Wahlkampagne mit Mitteln der Arbeiterpartei betrieben und daß die so gewählten Kandidaten nunmehr auf die Liste der Arbeiterpartei eingetragen worden sind.

Ueber die Wahlen werden noch folgende Ziffern gegeben: Von 21 313 000 eingeschriebenen Wählern haben 14 245 000 gewählt. Die Konservativen erhielten 5 417 000 Stimmen, die Arbeiterpartei 4 478 000 Stimmen, die Liberale 4 255 000 Stimmen. Auf die übrigen Kandidaten entfallen 97 000 Stimmen. Die Konservativen verlieren 91 Sitze, die Arbeiterpartei gewinnt 48, die Liberale gewinnen 40. Es stehen noch 13 Mandate aus. Diese entfallen auf die verschiedenen Universitäten sowie auf die schottischen Bezirke und einige abliegende Inseln.

Die letzten Wahlergebnisse.

London, 8. Dezember. (Eig.) Um 10 Uhr abends war der Stand der Parteien der folgende: Konservativen 253, Liberale 152, Arbeiterpartei 192, Unabhängige 8 (ihre Zahl steht noch nicht genau fest).

Ein Glückwunsch.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an die Labour Party folgendes Telegramm geschickt: „Herzliche Glückwünsche zu Eurem überraschend großen Wahlsieg sendet der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratie Deutschlands.“

Die Niederlage der Regierung.

London, 8. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet: Als die Wahlergebnisse gestern gemeldet wurden, zeigte es sich bald, daß die Stellung der Regierung schwierig wurde. Niederlage folgte auf Niederlage. Zuerst wurden hauptsächlich Erfolge der Arbeiterpartei verzeichnet, bald darauf wurden zahlreiche Gewinne der Liberale aus Bezirken gemeldet, die von altersher konservativ waren, und gegenüber dieser langen Reihe konservativer Niederlagen kamen die wenig mehr als ein Duzend betragenden Erfolge kaum in Betracht. Die Regierung hat in der Streitfrage Freihandel gegen Schutz Zoll augenscheinlich eine vollständige Niederlage erlitten. Die Ergebnisse zeigen, daß während viele Konservative, besonders in Nordengland, sich der Stimme enthalten haben, die Liberale und die Anhänger der Arbeiterpartei in wachsender Zahl für die Aufrechterhaltung des Freihandels gestimmt haben. Die Konservativen verloren diese Sitze in den Industriestädten, in denen die Arbeiterpartei die meisten Erfolge davongetragen hat. In den ländlichen Bezirken, in denen sich die Konservativen selbst für am stärksten hielten, haben die Liberale viele

überraschende Erfolge erzielt. Die Arbeiterpartei hat nicht nur viele Sitze neu gewonnen, sondern auch in außerordentlich erfolgreicher Weise ihre bisherigen Sitze verteidigt.

Die politische Krise. — Kombination über die Regierungsbildung.

Paris, 7. Dezember. (Eig.) In Londoner politischen Kreisen betrachtet man die Lage unter zwei Gesichtspunkten. Baldwin sei zwar im Unterhause in der Minderheit, aber seine Partei bleibe die stärkste, wenn man sie allein betrachtet. Er habe drei Möglichkeiten: entweder sofort zu demissionieren oder am 8. Januar dem Parlament gegenüberzutreten und, ohne sein Amt niederzulegen, auf die Aussprache zwischen den Liberalen und Arbeiterpartei im Parlament zu warten. Er könne schließlich ein Kompromiß mit den Liberalen suchen, um eine Koalitionsregierung zu schaffen. Wenn er demissioniert, so nimmt man vielfach an, daß der König schon den Führer der zweitstärksten Partei, Ramsay Macdonald, berufen werde. Herorragende englische Juristen erklären, der König sei durch die Verfassung hierzu nicht genötigt, und er könne Asquith, als Führer der drittstärksten Partei, zu sich berufen. Wer aber auch der Parteiführer sein wird, so müsse dieser sich zunächst einmal darum bemühen, unter welchen Bedingungen er sich die Hälfte irgendeiner der beiden anderen Parteien sichern könne, da allein keine der drei Hauptparteien regierungsfähig sei.

Ueber ein eventuelles Kompromiß sind drei Versionen im Umlauf: 1. Die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen Konservativen und Liberalen, wobei die Konservativen auf ihre Schuttpolitik für den Augenblick verzichten würden; 2. ein Kompromiß zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei, der jedoch nur zustandekommen kann, wenn letztere im Augenblick auf Kapitalsteuer verzichtet. Jedenfalls wird die liberale Partei die Mitte der kommenden Verhandlungen bilden, und man kann sie ohne weiteres als den Schiedsrichter der augenblicklichen Lage bezeichnen.

London, 7. Dezember. (Eig.) Wie das Reutersche Bureau hört, wird am Montag ein Kabinettsrat abgehalten werden, und es wird eine Versammlung der konservativen Partei im Hause der Woche stattfinden. In einer anderen Reutersmeldung heißt es, das Ergebnis der Wahlen habe eine noch nie dagewesene politische Lage geschaffen. Die drei Parteien seien in gleicher Weise nicht imstande, allein zu regieren, und die scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen machten jeden Vertrag zwischen ihnen schwierig. In politischen Kreisen herrsche große Erregung. Es werde erwartet, daß Baldwin zurücktritt. Für diesen Fall würde der König wahrscheinlich einen anderen Konservativen mit der Kabinettsbildung betrauen, da die Konservativen auch jetzt noch die stärkste Partei im Unterhause seien. Wahrscheinlich würde dann Lord Derby berufen werden.

Englische Pressekommentare.

London, 8. Dezember. (Eig.) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ schreibt Baldwin werde das Premierministeramt und die Führung der konservativen Partei niederlegen. Der Beschluß des Premierministers werde der Partei auf einer Sitzung im Carlton-Klub in der nächsten Woche mitgeteilt werden. Kein anderer Weg bleibe Baldwin offen nach der überwältigenden Niederlage, welche die Regierung bei den Wahlen erlitten habe.

Die regierungsfreundliche Presse jubelt über die vernichtende Niederlage der Regierung. Ueber die nächsten Schritte geben die Ansichten der gesamten Presse vollkommen auseinander. „Times“ weist darauf hin, daß keine der drei Parteien eine starke Regierung

Börse und englische Wahlen.

Devisenkurse unverändert.

Das Börsengeschäft stagnierte am Schlusse der Woche auf der ganzen Linie. Die heute zu erwartende Entscheidung im Reichstag läßt die ohnehin sehr geringe Unternehmungslust vollkommen. Man ist sich auch in der Beurteilung des Ergebnisses der englischen Wahlen nicht recht einig. Die Hoffnung, daß durch die Niederlage der Konservativen die Schutzpolitik endgültig erledigt sei, wird in Berliner Bankkreisen für verkrüppelt gehalten. Man fürchtet, daß, abgesehen von der allgemeinen Tendenz der englischen Politik doch gewisse Maßnahmen gegen den Zustrom deutscher Waren getroffen werden. Allerdings nimmt man an, daß die Papiermarkt durch den Erfolg der Liberalen günstig beeinflusst wird.

Heute lagen so auch aus London wieder bessere Marktkurse vor, als in den letzten Tagen. Im amtlichen Devisenverkehr wurden die Kurse unverändert notiert, wobei auf die wichtigsten Devisen 3 Proz. zugute teilt wurden. Der Geldmarkt bleibt stillig. Heute war tägliches Geld mit 1/2 Proz. reichlich angeboten. Die Tendenz für Effekten bleibt flau. Auffallend schwach liegen alle wertbeständigen Anleihen. Dollaranleihe und Goldanleihe waren heute reichlich angeboten. Beide Papiere wurden gleichmäßig mit 42 Billionen notiert und voll zugeteilt. An der Börse sprach man heute wieder von einer Insolvenz. Es handelt sich um eine neue Firma, die schon vor einigen Wochen als schwach galt, angeblich ist eine Sitzungsaktion eingeleitet.

ohne Allianz, Arbeitsvereinbarung oder schließlich gar Koalition bilden könne. „Daily Telegraph“, „Daily Mail“ und „Daily Express“ treten für eine Koalition der Konservativen und Liberalen gegen die von der Arbeiterpartei kommende Gefahr ein. Die „Morning Post“ erklärt, die größte Katastrophe für die konservative Partei würde eine neue Koalition sein. „Westminster Gazette“ und „Daily News“ befürworten eine Vereinbarung zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei über gegenseitige Unterstützung im Parlament, und zwar Unterstützung der aus der einen Partei gebildeten Regierung durch die andere Partei ohne Bildung einer Koalitionsregierung. „Westminster Gazette“ tritt dabei für eine Arbeiterregierung ein. „Daily Chronicle“, der Lloyd Georges persönlichen Triumph bei dem historischen Ergebnis betont, schreibt, eine Regierung, deren Unfähigkeit eine Last für das Land und eine Gefahr für Europa gewesen sei, sei davon gelöst worden. „Westminster Gazette“ sagt, Baldwin dürfe keine Zeit verlieren, denn die Lage der europäischen Angelegenheiten allein genüge, um zu zeigen, daß das Problem der künftigen Regierung des Landes so rasch wie möglich gelöst werden müsse. Die liberale Partei, die jetzt so wunderbar gestärkt und neubelebt sei, müsse eine führende und tatsächlich entscheidende Rolle spielen. Das Land sei nach links geschwenkt, und es sei wünschenswert, daß eine Regierung, wie es sie wünsche, zustande komme. Keine derartige Regierung könne auch nur eine Woche am Leben bleiben, ohne irgendwelche Art von Unterstützung von mehr als einer einzigen Partei. Ihre Politik werde daher so gerichtet sein, daß sie das allgemeine Vertrauen einer Mehrheit im Hause hat. „Westminster Gazette“ erklärt, ein Kompromiß sei unvermeidlich und jede Partei, die aus partei- oder könniglichen Gründen ablehnen sollte, dieser Aufgabe gegenüber zu treten, werde ihre Beurteilung durch die öffentliche Meinung verdienen und auch erhalten. Kabinettskoalitionen müßten jedoch vermieden werden.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ begnügt sich mit der Feststellung, daß die Arbeiterpartei die einzige geeignete Partei sei und daß sie der Zukunft mit Vertrauen zu sich selbst und ihrer Politik und mit erneuter Stärke, sich dies Vertrauen zu erzwängen, entgegensieht.

Das Abkommen mit der Regie.

Die Reichsregierung hat die von den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums in Mainz am 1. Dezember 1923 unterzeichnete Niederschrift genehmigt. Zur Wahrung der Rechte des Deutschen Reiches wird der Vorbehalt aufrechterhalten, daß in den Vereinbarungen eines Abkommens zwischen der Reichsbahn und der Regie in keiner Weise eine rechtliche Anerkennung der Regie erblickt werden kann.

In seinem Schreiben an die französisch-belgische Eisenbahnregie erklärt der Reichsverkehrsminister: „Ich sehe mich ferner mit Rücksicht auf die mir aus dem deutschen Beamtenverhältnis obliegende Treuepflicht gegenüber meinem Personal, aber auch aus Gründen einfachster Menschlichkeit gezwungen, zu erklären, daß die im Rahmen des Abkommens getroffene Regelung mir nur in der sicheren Erwartung möglich erscheint, daß zugunsten der Eingekerkerten nunmehr von der Möglichkeit der Begnadigung großzügig Gebrauch gemacht werden wird und daß die Ausgesessenen nebst ihren Angehörigen unter Aufhebung der Beschlagnahme ihres Privateigentums die Erlaubnis zur Rückkehr in die Heimat erhalten, ohne Rücksicht darauf, ob sie Aussicht haben, von der Regie eingestellt zu werden oder nicht. Außerdem kann ich die Forderung nicht fallen lassen, daß die Reichsbahnverwaltung in keiner Weise gehindert wird, den im besetzten Gebiet wohnen, aber von der Regie nicht eingestellten Eisenbahnpersonal, die ihm nach deutschen Vorschriften rechtlich zustehenden Gehaltsansprüche auszuschütten. Endlich weise ich darauf hin, daß die Bewältigung eines geordneten Betriebes und Verkehrs so lange unmöglich erscheint, als nicht alle Gleisunterbrechungen auf den Strecken und in den Bahnhöfen ohne Ausnahme beseitigt und die Anlagen in den Bahnhöfen und Mannheim mit den zugehörigen Gleisanlagen der deutschen Verwaltung zurückgegeben sind, solange auch der freie Durchlauf von leeren Wagen und Lokomotiven nicht auf allen Kontrollbahnhöfen ohne Einschränkung sichergestellt ist.“

Das Abkommen wird nunmehr am 10. Dezember in Kraft treten.

Die deutsche Lebensmittelanleihe.

Washington, 8. Dezember. (Eig.) Der deutsche Gesandte hat gestern dem Präsidenten Coolidge einen Besuch abgestattet. Ihre Unterredung bezog sich auf die Möglichkeit einer Anleihe an Deutschland, die dem Reich den Ankauf von Lebensmitteln ermöglichen soll. Im Weißen Hause erklärte man, Präsident Coolidge sei der Auffassung, daß jede Hilfe für Deutschland nur vom rein geschäftlichen Standpunkt aus behandelt werden dürfe und nicht als Anerkennung der Verantwortlichkeit aufgefaßt werden dürfe. Es wird hinzugefügt, daß der Bedarf Deutschlands an Lebensmitteln noch nicht ausreichend erwiesen sei, um den Vorstoß, der bekanntlich vom Senat einen Betrag von 20 Millionen Dollar zugunsten Deutschlands verlangte, zu rechtfertigen.

Eine Niederlage Kahrs.

Bayern vor Neuwahlen?

Die dreitägige Aussprache im Ständigen Ausschuss des bayerischen Landtags endete nicht nur mit einer Niederlage der Persönlichkeit Kahrs, sondern auch seines Systems, das nicht nur an seine Person gebunden ist. Annahme fand ein demokratischer Antrag, durch den sämtliche allgemeinen Verfügungen und Verordnungen des Generalstaatskommissars dem Landtage zugänglich gemacht werden, angenommen wurde ein Antrag der Sozialdemokraten auf vorläufige Dienstentlassung aller an der Vorbereitung und Durchführung des Hitler-Ludendorff-Putschs beteiligten Beamten. Das kennzeichnet die Situation. Demokraten und Sozialdemokraten befinden sich in erfolgreicher Offensive. Die Regierungsparteien sehen sich gezwungen, einem Antrag zuzustimmen, der einem Misstrauensvotum für Kahrs gleichkommt.

Wird der vom Ministerium Knilling bestellte Generalstaatskommissar Kahrs die Konsequenzen daraus ziehen? Die Krise, in der die bayerische Regierung seit der Verkündung des Antimarxistenmanifestes durch Kahrs im Bürgerbräu stand, ist vorläufig beigelegt. Selbst der verdrängte Finanzminister verbleibt im Amt. Aber beileibe nicht, weil nun etwa alle Mitbestimmungen beseitigt sind. Man einigte sich auf diesen Ausweg, weil eine einheitliche Auffassung unter den verschiedenen Richtungen innerhalb der bayerischen Volkspartei für eine grundsätzliche Neuorientierung der bayerischen Politik mit neuen Männern jetzt nicht zu erzielen war. Kahrs brilliert also nicht nur in der Rolle des Marxistenjägers, er bringt es sogar fertig, Sprengpulver in das bisher feste Gefüge der bayerischen Volkspartei zu streuen. Unter diesen Umständen ist es bezeichnend, wenn das Organ der bayerischen Volkspartei, der „Regensburger Anzeiger“ meldet:

„Die partielle Krise innerhalb des Kabinetts dürfte gelöst sein. Die innerbayerische Lage erfordert es dringend, daß die innere Homogenität des Kabinetts wiederhergestellt wird, ohne daß vor den Wahlen, die in immer größerer Nähe rücken, ein Wechsel der Personen notwendig wird.“

Die Politik läßt darauf schließen, daß in der bayerischen Volkspartei schwerwiegende Zweifel darüber bestehen, ob die gegenwärtige Zusammensetzung des Landtages noch der Stimmung des Volkes entspricht und daß man eine gehörige Portion Angst vor Neuwahlen hat, die man möglichst unter den Polizeiknüppel Kahrs zu stellen wünscht. Das würde zwar dem Skandal des Verbots der sozialdemokratischen Presse einen neuen Stempel hinzufügen, zeigt aber zu gleicher Zeit sehr deutlich, was es mit dem Geschrei der Deutschnationalen und Völkischen über einen Rechtsabmarsch der Volkspartei auf sich hat.

Am Laufe der gestrigen Aussprache im Ausschuss traten nicht weniger als drei Minister in Erscheinung. Nichts mehr von Anklagen gegen den Marxismus konnte man aus ihrem Munde hören, ihre Reden waren bescheidene Verteidigungsversuche. „Der Feind steht rechts“ mußten sie bekennen. Ministerpräsident Knilling sprach von der verzweifeltsten Lage Bayerns; zweiwöchigen Frankreichs in der Pfalz gegenüber hätte er einen jener populären Proteste in der Tasche, gegen die von bayerischen hohen und höchsten Stellen immer im Ton tieferer Entrüstung gewallt worden war, wenn sie vom Reich kämen. In der Münchener Polizeidirektion habe man eine gründliche Reinigung von putschistischen Beamten vornehmen müssen, gestand er ein. Die Auflösung der bisher von der Regierung unterstützten Kampforganisationen werde mit allem Ernst betrieben. Innenminister Schwayer entschuldigte sich, Hitler habe ihm das Ehrenwort gegeben, nicht zu pfeifen, Kultusminister Ratt gab zu, daß die politische Agitation auf den bayerischen Schulen einen unergiebigen Grab erreicht habe, dem mit aller Energie zu Leibe gegangen werden müsse. Er habe sich sowohl in den Schulen wie auch in vielen Lehrern getäuscht und werde dafür sorgen, daß in Zukunft jede Politik von der Schule ferngehalten werde. Die Zugehörigkeit von

Schülern zu Vereinen, in denen Erwachsene Mitglieder seien und in den Vorkursen vorgenommen werden, sei grundsätzlich und ohne Ausnahme verboten.

Damit gestehen die bayerischen Minister ein, daß die bayerische Regierungsmethoden vollkommen versagt haben und daß man nunmehr Schritte unternehmen müsse, die die preussische Regierung seit Jahren mit Erfolg anwendet und die vom Reich seinerzeit gesetzlich verordnet worden sind. Was würden die Deutschnationalen sagen, wenn Preußen einen ähnlichen Vortritt annehmen müßte? Sie würden wahrscheinlich verlangen, wie in Sachsen vorzugehen.

Kriegsverlängerer Ludendorff.

München, 8. Dezember. (WBZ.) General Ludendorff hatte die „Münchener Post“ nebstagt, weil sie am 19. Mai einen Artikel gebracht hatte, in dem er als „Kriegsverlängerer“ bezeichnet wurde. Vom Münchener Schöffengericht wurde der Beschlusse, Schriftleiter Zersch, freigesprochen, worauf Ludendorff durch seinen Rechtsbeistand Berufung beim Landgericht München einlegte. Das Gericht verwarf die Berufung, in dem es sich gleichwie das Schöffengericht auf den Standpunkt stellte, daß die Absicht einer Beleidigung nicht gegeben sei.

Hindenburg soll Führer sein.

Aber er ist zu alt!

Die Völkischen sind bekanntlich wieder einmal auf der Suche nach einem geeigneten Diktator. Ludendorff ist von der gesamten völkischen Bewegung fallen gelassen worden. Sein Name hat abgewirtschaftet. Der Kahrs hat keine Schuldigkeit getan, der Kahrs kann gehen. Aber wer soll an Ludendorffs Stelle treten? Die „Deutsche Zeitung“ tippt auf den Namen des Generals v. Seekt. Der Friedericus-Mann F. C. Holz verfuhr mit einem anderen. Hindenburg soll Führer sein! ruft er in einer Unterhaltung mit Ehrhardt aus, die er in seiner Zeitschrift „Friedericus“ mehr länglich als interessant wiedergibt. Und Ehrhardt, der schlaue Fuchs, der in der Unterredung von Ludendorff behauptet, er intrigierte gegen ihn?

„Hindenburg“, so sagt er, „ja, das wäre ein Ausweg. Daran hab' ich bisher nicht gedacht. Gegen diesen Mann hab' ich keine Bedenken. Aber er ist alt. Es müßten zunächst die einzelnen Führer zusammenkommen und die Richtlinien festlegen, nach denen der Feldmarschall die vaterländische Bewegung führt.“

Aber davon will der F. C. Holz nichts wissen. „Nein, nein!“ ruft er aus. „Die vaterländische Bewegung ist am Zusammenbrechen. Da ist keine Zeit mehr zu verlieren. Jetzt dem deutschen Volk den Namen Hindenburg und es wird besetzt aufwachen, es wird wieder hoffen und glauben. Hindenburg ist nicht zu alt.“

Darauf Ehrhardt, er werde sich die Sache überlegen. Die Sage im völkischen Lager ist also jetzt so, daß Ludendorff fallen gelassen worden ist. Ludendorff will aber nicht abgeben. Ehrhardt versucht sich an die Stelle Ludendorffs zu drängen. Die Berlin Völkischen, Richtung „Deutsche Zeitung“, bemühen sich, Seekt als Reklameschild zu erhalten. Der treffliche F. C. Holz erhebt Hindenburg auf den Thron. Sowjet Köpfe, sozialer Sinne, sozial Richtungen, sozial „Diktatoren“. Aber kein Diktator!

„Gute Fahrt und Gott beschützen, denn ich habe Eile“ schloß C. F. Holz seine Unterredung. „Gott beschützen!“ kann man der ganzen völkischen Bewegung zurufen.

Die Reingefallenen.

In unserer Notiz über den „Börsekurier“ wird uns aus Bandstreifen geschrieben: „Der „Börsekurier“ bezieht sich mit Recht auf die Wendung in der politischen Haltung des „Börsekuriers“. Seit dem Ausscheiden des Herrn Steinbarn hat dort die politische Redaktion ein Dr. Desterreich in Händen, der mit einer sehr weit nach rechts orientierten, Befahrung ein eben so heftiges Temperament verbindet. Nur so ist es erklärlich, wenn sich ein sonst ernst zu nehmendes Blatt wie der „Börsekurier“ zum Gerücheltträger mißbrauchen läßt.“

Deutschvölkische Mordagitatoren.

Wulles Vertrauensleute.

In die Geheimnisse der sogenannten „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“ leuchten die Mitteilungen hinein, die das „Berliner Tageblatt“ über einen sehr ungewöhnlichen Vertrauensmann Wulles, namens Grüte-Lehder, zu machen in der Lage ist. Das Polizeirevier in Berlin-Hermsdorf wurde vor einigen Tagen telephonisch davon unterrichtet, daß im Tegeler Forst ein politischer Mord vorbereitet sei und daß ein gewisser Robert Grüte-Lehder dort einen angeblichen Spigel erschossen habe. Eine Stunde später war Grüte verhaftet. Er stellte sich als ein junger Mann von 17 Jahren dar, bei dem folgender Ausweis gefunden wurde:

Reichstag.
Fernsprecher 9502/9600. Berlin NW. 7., 20. 11. 23.
Herrn Robert Grüte-Lehder,
Berlin-Waldmannslust,
Triebergerstraße.

Herr Robert Grüte-Lehder ist in unserem Auftrag für die völkische Freiheitsbewegung tätig und hat die Aufgabe, Vorparnern zu organisieren. Wir bitten, ihn nach Kräften unterstützen zu wollen.

Mit deutschem Gruß

R. Wulles, M. d. R.

Grüte gestand ohne weiteres, einen Oberleutnant Müller, der auch unter anderem Namen tätig war, erschossen zu haben, weil er Spigel für die „rote Fahne“ geliefert hätte. Er gab auch alle Einzelheiten der Tat an und bezeichnete die Stelle, wo die Leiche verscharrt wäre. Nachforschungen der Nordkommission hatten jedoch keinen Erfolg. Wohl aber wurden die Sachen des angeblich Ermordeten bei Grüte-Lehder gefunden.

Der junge Mensch gehörte u. a. folgenden Organisationen an: Deutschnationaler Jugendbund, Neue Jugend, Reinhardt-Organisation, Deutscher Herold und dem Bismarck-Orden, der vom Bismarck-Bund abgepflegt ist. Mitglieder des Bismarckordens hatten die telephonische Anzeige erstattet. Ihnen hatte der Bursche erzählt, daß er den Müller erschossen habe, und er rühmte sich der Tat. Er bedrohte auch die Bundesgenossen mit dem Revolver: „Wer mich verrät, wird um die Ecke gebracht.“

Auch vom Geschäftsführer des „Deutschen Herold“, dem Stadtverordneten Kube, hatte der Jüngling einen Ausweis, der diesen Wortlaut hatte:

Unter den Briefen findet sich auch einer der Frau Tschow, der Mutter des Rathenau-Mörders, die an den damals verhafteten Heinz Demmers schreibt:

„Sie dürfen sich über die Bezeichnung Mörder nicht aufregen. Die Zeitungen, die diesen Ausdruck bringen, sind jüdisch, und das sagt alles.“

Dieser Frau, deren Söhne wegen Mordbeihilfe im Zuchthaus und Gefängnis sitzen und die von der Mutter Rathenau eines denkwürdigen Schreiben erhielt, in dem es hieß:

„In namenlosem Schmerz reiche ich Ihnen, Sie Ärmste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie Ihrem Sohne, daß ich im Namen und Geiste des Ermordeten ihm verzeihe...“

Es sind wirklich keine Familien, die den Kranz der völkischen Freiheitsbewegung flechten. Der Vollständigkeit halber sei nur noch erwähnt, daß Grüte, als er in die Enge getrieben wurde, sein Geständnis widerrufen und erklärte, er habe vor seinen Hermsdorfer Freunden renonmiert, um als Mann der Tat zu gelten, der einen Spigel zu bestrafen wolle. Er wollte eine Rolle spielen und habe zu diesem Zwecke die an sich falsche Behauptung aufgestellt.

Die Wulle, Henning und Große können wirklich stolz sein auf ihre Vertrauensleute, die die „völkische Freiheitsbewegung“ würdig repräsentieren.

Berlin SW. 11. Dessauer Str. 6.

Ausweis.

Herr Robert Grüte-Lehder, Berlin-Waldmannslust, ist von Herrn Reichstagsabgeordneten Wulle bevollmächtigt die für den „Deutschen Herold“ erforderlichen Unterlagen im Falle Müller zu beschaffen.

J. A. Wilhelm Kube, Reichsgeschäftsführer.
Stempel: Deutscher Herold.
Der Geschäftsführer.

Die Jugend hilft!

Von Gewa.

Seit wenigen Wochen hört die Öffentlichkeit, daß die Jugend sich zusammengeschlossen hat, um selbst tätig der Not zu steuern. Eine Altershilfe der Jugend ist entstanden. Soweit sie kann, unterstützt sie durch Essenverteilung, Kleider und sonstige Gaben arme Alte, läßt Junge Vorkursisten üben, d. h. der alten Deutschen Wohnung reinhalten, Gänge besorgen, auch freundlich mit ihnen schwätzen, kurz ihnen zeigen, daß junge, frohe Menschen sich gern um sie kümmern.

Jetzt ist die erste Schrift einer Gruppe solcher „Jugendhelfer“ herausgekommen, das Heft „Hilfe“ der „Proletarischen Weggefährten“, die schon auf längere Arbeit zurückgehen können.

Wichtig scheinen die Blätter. Mit knappen Worten wird festgestellt, daß — jetzt, wo Erwägen zurückgelassen werden muß vom Drang zum Handeln — der Weg gezeigt werden soll zum Sieg des ehernen Symbols: „Sel Mensch.“ Als mahnende Ankündigung, verheißenden Wunsch stellen diese Jungen die Worte Ernst Toller über ihr Tun:

„Nicht Schwarzer sollen roffen,
Schleber, Parasiten, Baffen,
Freie Menschen sollen schaffen,
Frei auf freiem Land!“

Die Beziehung der Jugendbewegung und Wohlfahrt wird behandelt. Gezeigt wird, daß die Jugendbewegung, die sozial von Volksgemeinschaft spricht, wünscht, hofft, in der Wohlfahrtspflege den praktischen Weg zum Volke, zur Gemeinschaft findet. Wenn die Jugend sich Rechte nimmt, besonders das der eigenen verantwortlichen Lebensgestaltung, so hat sie Pflichten zu erfüllen. Gegen die Alten, denen etwas Hoffraum durch Jungsein in ihre trostlose Einsamkeit gebracht werden kann; gegen die Kinder, bei denen junges Wissen sich auswirken kann, denen Freundschaft not tut.

Dann folgen schätzbare Berichte über schon Geleistetes, deren einer schließt: „So hat es bis heute geklappt. Doch noch wollen wir nicht befriedigt sein, nicht rosa färben. Warten wir auf Ergebnisse einer längeren Zeit. Rückschlüsse gibt es viele.“ — Ergreifend sind Tagesheftblätter aus der Kindergruppe Rosastraße, die wohl von schümmendem Elend weiß (Stein-, Kulack-, Rüdert-, Dragonerstraße um). Ein paar folgen: „Mit den Kindern nach Wannsee. Ein Rädelchen, neun Jahr alt, suchte Etchlinge, machte sie mit den Fingern tat und ah sie auf. — Heute früh nahm mich ein Junge der der Fahrt beiseite: Ich habe von der Wieschen, die verschütt ist, die Schuhe mitgenommen, die soll Will anziehen, der hat in keine und friert sonst.“ — Rudolf, Etiefel, Gold, Bücher, alles wird verpackt und oft muß unser Gericht, aus Kindern sammeln gehilbet, zusammenreihen und Söhne für beschmutzte Bücher und

dergleichen fordern. Aber wer unsere armen Proletarierkinder kennt, weiß, was gegenseitige Hilfe bedeutet. — Wie haben eine Rummelpolizei gemacht. Drei Kinder wollten erst auf unsere und dann auf andere achten, ob sie den Mut und die Ausdauer haben, andere abzuhalten, statt selbst mitzumachen.“

Angaben aus der Altershilfe sind stets von neuem erschütternd. Hier scheint die Not am größten, bei den Alten, die mit mühsam ersparten einigen Tausend Mark einen ruhigen Lebensabend vor sich sehen, und die heute davon kaum eine Woche leben können.

„Wir jungen Menschen glauben durch unser Jungsein die Verpflichtung übernehmen zu müssen, gerade den alten Menschen zu helfen. Vielen vereinsamten, verblitterten Seelen können wir schon durch unser Gehen zu ihnen einen etwas froheren Lebensabend geben. Tut es wie wir. Seid ihnen Pais, indem ihr helft, wo es gerade not tut. Beim Säubern, wirtschaftlich, auch feilsch.“

Die kleine Schrift, mit festem harten, wichtigen Einschnitt geschmückt, ist literarisch sicher nicht vollendet. Doch als Flugchrift, von namenlosen Jungheeren verfaßt, wird sie von neuem Menschen zum Liebesdienst rufen. Wenn sie mit schlichten Worten Einzelfälle grell beleuchtet, um Allgemeines zu illustrieren, und auslängt in den Ruf Martin Gorkis: „Hochs lebe der Mensch, der bereit ist, sich selbst zu opfern! Es lebe der Mensch!“

(Das Heft „Hilfe“, gedruckt bei den Landfahrern Berlin, ist im Landgewerbehause erhältlich.)

Gifte als uralte Heilmittel.

Wie schon die Aspidochelone, das Wahrzeichen des ärztlichen Berufs, andeutet, bestehen zwischen der Heilkunde und den giftigen Tieren uralte Beziehungen. Auch heute noch und gerade jetzt wieder in erhöhter Maße wendet sich das Interesse des Mediziners der Wirkung tierischer Gifte zu und er erkennt auf Grund neuester Forschungen, daß uralte Heilmittel, die man aus diesen Giften bereitet, ihre volle Berechtigung besitzen. In einem Aufsatz der „Rheinischen Wochenschrift“ weist Prof. Hurn auf diese Ehrenrettung alter Arzneimittel hin, die moderne Ärzte wohl bereits als Aberglauben abtun wollten.

Auch in unseren Tagen hört man immer wieder die Empfehlung von Schlangengift gegen allerlei Krankheiten. Auch hat man die spanische Fliege, eine der ältesten Arzneimittel tierischer Herkunft, in neuester Zeit wieder herorgeholt. Die Verwendung von Blutegeln, die einst eine ganze große Industrie hervorrief, hat heute nachgelassen, dagegen lehrte man zu den Bienenstacheln neuen Rhythmus zurück, die Heilerfolge unbestritten sind. Es müssen im Bienenstachel Bestandteile enthalten sein, die sehr wirksam sind, wobei wohl der den Schlangengiften verwandte Bestandteil des Sekrets die Hauptrolle spielt.

Das Adrenalin, eines unserer modernsten Arzneimittel, hat in Wirklichkeit eine lange Geschichte. Im Fleischgewebe war die blutstillende Wirkung der Nebenniere seit langem wohlbekannt, und die Wissenschaft hat nur diese in der Volksmedizin erprobten Erfolge

übersehen. Der Entdecker der Adrenalinwirkung ist jedenfalls heute nicht mehr zu ermitteln. Von indischen Gaultern, chinesischen und japanischen Quackalbern wird aus Jahrmarkten ein Heilmittel vertrieben, das wegen seiner ausgezeichneten blutstillenden und schmerzberuhigenden Wirkung in Asien sehr beliebt ist. Es wird aus Amphibienhäuten gewonnen, und die überraschende Erklärung besetzt darin, daß in den Hautdrüsen gewisser Kröten Adrenalin in ungewöhnlich großen Mengen enthalten ist. Ueberhaupt ist das Krötengift, ein uraltes Heilmittel, von der chinesischen Forschung in den letzten Jahren viel beachtet worden. In dem „Senjo“ der Chinesen, das aus Krötenhaut gewonnen wird, findet sich das Bufostatin, ein Stoff der Digitalisreihe, ferner ein total schmerzstillend wirkendes und zentral erregendes Mittel und wohl auch Adrenalin. Dieses oshianische Heilmittel ist also zweifels sehr wirksam gegen Krankheiten des Herzens und sonstige Kreislaufstörungen, und die moderne Forschung hat wieder einmal gefehlet, wie unbedeutend das überlegene Können des Europäers über gewisse chinesische Heilmittel von der Art der Krötenhäute und der Bären-galle ist.

Die ersten Sowjet-Filme. In Moskau wird, dem Ost-Express zufolge, seit einigen Tagen ein Film mit dem Titel „Das diplomatische Geheimnis“ vorgeführt, dem die Presse als dem ersten im Auftrag der staatlichen Filmproduktion hergestellten großen Kinodrama eingehende Besprechungen widmet. Die Handlung ist in ein dramatisches Band verlegt und zeigt den Sieg der Sowjetunion im Kampf mit Intrigen von Orientdiplomaten. Die Kritik ist nur teilweise zufrieden und rügt die Versuche, mit dem amerikanischen Film im Abenteurlichen zu wetzeln; das Sowjetfilmbild, einem Auffassungs-Troglodyt zufolge, der Abblendung der Massen von Kirche und Kneipe dienen“ und dazu seien Bilder aus dem Volksleben, Landschaften um geeigneter als Sentenzen. Weit mehr Lob spenden die Blätter dem vom staatlichen Filmbüro der Sowjetrepublik Georgien hergestellten Film „Die roten Teufelkinder“, in welchem Kämpfe der Roten Armee gezeigt werden und die Entwicklung einiger Bauernkinder zu begeisterten Anhängern des Sowjetregimes den Kern der Handlung bildet. Bei der Herstellung dieses Films haben Truppenteile der Roten Armee mitgewirkt.

Erstausführungen der Woche. Dienstag, Tribüne: „Die Kaffee“. — Film, Komödienabend: „Ferkel, Tod“. — Sonntag, Deutsches Künstler-Theater: „Senora“. — Or. Volkoper: „Ein Wastendab“.

Ueber das französische Theater findet am Sonntag, 9. Dez., abends 7 1/2 Uhr, die Einleitung der Wollschubbe G. W. Dr. Otto Grautoff in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Alsterstr. 74, Eintrittskarten 25 Pf.

Die G. A. Dr. Goldschmidt, Dr. Wallerstein, Schenberger Ufer 24 zeigt in diesem Monat neue Gemälde, Karikaturen, Graphik von Bela G. A. G. Blahitsch und Schmid von Herbert G. A. G. sowie Einzelwerke von G. A. G. Müller, Pechstein, Schmidt-Mollat u. a.

Der Schriftsteller Genoffe J. J. Sillinger, der bisher schon als selbständiger Verleger tätig war, hat ein „Antiquariat“ eröffnet, das sich in Berlin, Schöneberg, Barockstr. 15, befindet. Es wird neben deutscher und französischer Literatur in Erlassensachen, besonders Kunstdrucke über Athen, Arita, Egeen, Sicilien und Kunstwerke aus diesen Kulturkreisen führen.

Aus den weiteren Mitteilungen dieses Vertrauensmannes der deutschpöhlischen Zeitung geht hervor, daß er in Pommern mit dem angebl. Freund Müller ein „Freundschaftsverhältnis auf sexueller Basis“ unterhalten habe. Die Polizei stellte bei ihren Nachforschungen fest, daß beide gemeinsame Schwindelereien an der Stätte ihres vörl. freih. Wirtens ausgeübt haben. Von dem angebl. Müller fehlt bis heute jede Spur.

Die bei Grütze-Behder beschlagnahmten Briefschaften geben interessante Aufschlüsse über die geistige Verfassung dieser vörl. Helden. Auch die anderen Genossen sind offenbar nicht stubenrein. In Grützes Notizbuch heißt es: „Grup hat gelaut.“ Dann wieder: „Bötker ist fürsorgergütig.“ Dann wieder notiert er vor seinem Freunde: „Müller behauptet, daß Major Henning (der deutschpöhlische Reichstagsabgeordnete. Die Redaktion) eine Mädelzentrale hat.“ Gegen Grütze schwebt ein Verfahren wegen einer Gewalttat. Müller, der in Wirklichkeit Heinz Dammers zu heißen scheint, hat wegen betrügerischer Urkundenfälschung im Gefängnis gesessen. Von da aus hat er eine lebhaft. Korrespondenz mit Hans Gerdt Lechow geführt, der wegen der Beihilfe zur Ermordung Kaiserhaus eine vierjährige Gefängnisstrafe verbüßt und sich dabei auf sein Abiturientenexamen vorbereitet. Müller-Dammers kennt offenbar auch die anderen Helfer dieses Verbrechens. Den zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilten älteren Ernst Werner Lechow läßt er grüßen. Ebenso den zu acht Jahren Zuchthaus verurteilten Günther. Den schüttelt Hans Gerdt ab, weil wir uns von diesem verlogenen Burschen emanzipiert haben.

Kommunistische Treibereien in Württemberg

Stuttgart, 8. Dezember (W.B.). In verschiedenen Städten Württembergs kam es in den letzten Tagen zu kleineren und größeren kommunistischen Ausschreitungen. In Echingen wurden Schupo-Beamte, die einige kommunistische Trupps auseinanderreiben wollten, mit Bierflaschen, Steinen usw. beworfen. Bei der Abwehr dieser Angriffe land ein Arbeiter den Tod. Weitere kommunistische Ruhestörungen ereigneten sich in Badnang und Reutlingen, wo es jedoch der Polizei gelang, in kurzer Zeit Ordnung zu schaffen. Alle diese Ausschreitungen sind von kommunistischer Seite beachtet, wie unzweideutig aus einem von der Polizei aufgefundenen geheimen Befehl der württembergischen Bezirksleitung der Kommunistischen Partei hervorgeht.

Stuttgart, 8. Dezember (W.B.). Der Geschäftsführer des württembergischen Bauern- und Beiegärtnerbundes, Theodor Körner jun., wurde wegen einer in der schwäbischen Tageszeitung erschienenen Aufforderung zum Viehstreich der Bauern in Schutzhaft genommen.

Der „Miesbacher Anzeiger“ ist wegen der Artikel „Um die Staatsführung“ und „An die Ministermacher“ auf drei Tage verboten worden.

Lücken im Wald.

Besucher der Wälder bei Berlin, des Grunewalds, der Tegeler Forst, der Jungfernheide und der dichten Wälder zwischen Finkenkrug und Nauen, können jetzt merkwürdige Beobachtungen machen. Überall finden sie Büden, ja Böcher, und wo einst Büume gestanden haben, sind nur noch Stümpfe von den gefällten Fichten und Kiefern übrig geblieben. Diese Beobachtungen kann man namentlich am Sonntag machen und bei einem Spaziergang durch den Wald erkennen, daß hier und da eben erst die Baumfällung an der Arbeit gewesen sind, denn die Schnittflächen sind noch ganz frisch und rings um die Stelle, da einst ein Baum stand, liegen frisch aussehende grüne Nadelzweige, die weggeworfen wurden, weil sie beim Transport hindern, die Last vermehren und wenig oder gar keine Brennkraft liefern.

Sehr regen Zuspruch finden aber auch die von den Förstereien aufgeschichteten Scheite und Klößen von den Büumen, die infolge einer rationellen Waldbewirtschaftung haben gefällt werden müssen und demnächst verkauft werden sollen. Am Sonntag vormittag liegt der Stapel noch unberührt da, kommt man aber am späten Nachmittag vorbei, ist er ganz bedeutend gelichtet und in den Säden und Aufsäden der Holzstämme verschwunden. Damit der Förster, dem man vielleicht begegnet, nicht sofort erkennen kann, daß man sich an Dingen vergreift hat, die man nicht nehmen darf, sind diese Säde und Aufsäden oben fest verschlossen, und in ihrem Äußeren muten sie so an, als ob sie nur Begeholt enthielten und dürre, abgefallene Zweige und Äste, die man sammeln darf.

Holzdiebstahl! Ein hartes Wort. Inbessen die Not ist groß, und die Preise für alle Brennmaterialien sind für viele unerschwinglich. Ein leerer Wagen aber und noch außerdem eine kalte Stube, das ist unerträglich, und man schreiet zur Selbsthilfe. Gewiß wird der Wanderer und Naturfreund diese Waldverwüstung beklagen und befürchten, daß, ebenso wie vor Jahren der Wiener Wald, auch der Grunewald allmählich verschwindet. Aber der Ruf und die eindringliche Mahnung: „Schützt unsere Wälder! muß vor allem an die Regierung gerichtet werden, die schäunigt für eine Senkung der Kohlenpreise Sorge tragen muß.

Kampf mit einer Weddingkolonne.

Zwei Schupo-Beamte schwer verletzt.

Zu einem außerordentlich schweren Zusammenstoß zwischen zwei Schupo-Beamten und zwei Einbrecherkolonnen kam es in der vergangenen Nacht im Norden der Stadt. Die beiden Beamten wurden schwer verletzt und mußten nach dem Staatskrankenhaus gebracht werden. Der Oberwachmeister Schutz und der Unterwachmeister Kollisch vom 42. Revier machten kurz nach 3 Uhr einen Rundgang durch die Straßen ihres Dienstbereichs. Als sie von der Gerichtstraße in die Lindauer Straße einbogen, um eine scharfe Ecke am Rettelplatz herum, stießen sie plötzlich auf 9 Einbrecher, die dabei waren, in das Konfektions- und Schuhwarengeschäft von Klein in dem Gehause einzudringen. Die Verbrecher hatten augenscheinlich Vorsichtsmassregeln gegen eine Ueberraschung getroffen, diese aber wurde von der anderen Seite her gefährdet. Als ihnen die Beamten zuriefen: „Hände hoch, hier Polizei!“ sprangen sie nach dem dunkleren Rettelplatz hinüber, warfen sich, wie das in der letzten Zeit schon öfter beobachtet worden ist, nieder, und eröffneten ein Trommelfeu auf Schutz und Kollisch. Einer der beiden Beamten brach bald mit einem Schuß in den Bauch zusammen, der andere sank wenige Minuten später, ebenfalls schwer getroffen, in die Knie. Trotzdem aber gaben die Beamten auf ihrer Seite mehrere Schüsse ab, die nach später gefundenen Blutspuren mindestens einen der Verbrecher, wahrscheinlich aber auch mehrere, getroffen haben dürften. Auf den Lärm der Schüsse eilten Passanten und Schupo-Beamte einer anderen Streife im Eilmarsch herbei und nahmen sofort die Verfolgung der Verbrecher auf, die jetzt nach allen Richtungen auseinanderzogen. Es gelang den Verfolgern, zwei der Flüchtigen zu fassen und nach der

Wache des 42. Reviers zu bringen. Sie wurden hier festgesetzt als ein aus Schweden stammender früherer Matrose David Rehn und ein ehemaliger Handlungsgeselle Hans Böck, 24 und 25 Jahre alt. Beide wurden der Kriminalpolizei übergeben.

Senkung des Brot- und Eierpreises.

Einheitsbrotpreis 72 Goldpfennig.

Die Wucherpolizei hat im Verlaufe des heutigen Tages Verhandlungen mit den verschiedenen Gruppen des Wehl- und Getreidehandels und mit dem Gewerkschaftsbund der Bäckermeister Groß-Berlins geführt, in deren Verlauf die Gewinnspanne der Wehlhändler von 18 auf 13 1/2 Proz. einschließlich Fuhrlohn frei Haus herabgesetzt wurde. Weiterhin wurde an Stelle des Preises für helles Brot von 78 Goldpfennigen und an Stelle des dunklen von 74 Goldpfennigen ein Einheitsbrotpreis von 72 Goldpfennigen ab Sonnabend, den 8. Dezember, festgesetzt. Eine bei der Abteilung W des Polizeipräsidiums gebildete Eierkommission, die sich aus Großhändlern, Kleinhändlern und Verbrauchern zusammensetzt hat nach Verhandlungen mit den verschiedenen Vertretern den Preis für Eier von 32 auf 27 Goldpfennige ermäßigt. Es muß jedoch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß dieser Erfolg des Einheitspreises der Wucherpolizei nur dann von Dauer sein kann, wenn das Publikum sich entschieden weigert, Ueberpreise zu bezahlen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend teilt uns mit, daß sie ab Montag, den 10. d. M., in ihren 164 Verkaufsstellen wieder zwei Sorten Brot führt, und zwar zu den Preisen von 67 und 61 Pfennigen.

Der Mord im Fürstentum Liechtenstein.

Vor den Berliner Geschworenen.

Unter großem Andrang des Publikums begann heute früh unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten die Verhandlung gegen den Kaufmannslehrling Kurt Ido Weis wegen Raubmordes. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte ist ein blasser, schwächlicher 20jähriger Mann. Er vertritt sich gegenüber der Beschuldigung, den Schlächtermeister Wächter in Vaduz (Fürstentum Liechtenstein) am 4. März d. J. deraubt und ermordet zu haben, mit der Erklärung, daß er sich nichts dabei gedacht habe.

Der Angeklagte macht zunächst eingehende Angaben über sein Vorgehen. Er stammt aus einer hochgehenden Familie, hat das Realgymnasium im Grunewald besucht, dann auf Gütern und in Kaufmannsbetrieben Beihilfen gehabt, es aber nirgends ausgehalten und nebenbei noch Jucelenschleibungen gemacht. Schließlich sei er in Schulden geraten, da er leichtsinnig gelebt habe. Da habe er in der Zeitung gesehen, daß bei seinen Eltern eingedragen worden sei. Das habe ihn auf die Idee gebracht, nun auch einen Einbruch bei seinen Eltern zu unternehmen. Er habe den Geschäftsräum aufgedröhen, es aber so ungeschickt gemacht, daß man gleich merkte, daß er der Täter war. Dann habe er sich einen Paß besorgt und sei Ende Januar nach Vaduz gefahren. Sein Versuch, nach der Schweiz zu kommen, sei mißlungen. Im Sommer 1922 sei er dann über Innsbruck nach Feldkirch gelangt. Im Gasthaus in Vaduz in Liechtenstein sei er nach 10 Uhr abends und dann vor sein Geld gefahren. Er wurde zu dem Schlächtermeister Wächter geführt, der Droschen kaufte. Die Tochter, so berichtet er, sagte mir, sie könne die Rolle wechseln. Daraufhin entfernte ich mich, indem ich angab, ich wolle die Rolle aus dem Gasthaus zum Adler holen. Mit meinem Gelde konnte ich nicht mehr überkommen. Es war gegen 9 Uhr und schon dunkel in der Stadt, als ich bei Wächter ankam. Ich halte nur den einen Gedanken, mich in den Besitz des Geldes zu setzen. Als ich einen alten weißhaarigen Mann sah, dachte ich, es konnte leicht sein, ihn zu betrügen. Der alte Mann ging in ein Zimmer, um das Wechselgeld zu holen. Er legte es auf den Tisch und dann die Hand darauf. Mehrmals forderte ich ihn auf, das Geld herauszugeben, was er nicht tat. Dann kam ich auf den dummen Gedanken, die Pistole herauszuziehen. Ich wollte ihn nur einschüchtern. Er sah mich erkannt und fragte, was das solle. Der Anblick der Pistole machte mich immer erregter und ich merkte, daß ich eine tolle Dummheit gemacht habe. — Vorl.: Sie konnten doch die Pistole einstecken und weglaufen. — Angekl.: Das ist leicht gesagt. Der alte Mann rief „Anker“ und ich hörte Schritte. Ich drehte mich um und im selben Augenblick ist der Schuß losgegangen. Ich versichere, daß es vollkommen unabsichtlich geschehen ist. Ich wollte nicht schießen. Der Angeklagte schüßert dann weiter, wie er seinem Opfer das Geld entzogen habe und weggegangen sei. Es sei ihm selbst ein Rätsel, wie er unerkannt aus Vaduz herausgekommen sei.

Berliner Schulnotgemeinschaft.

Bei der 2. Vertreterversammlung der Berliner Schulnotgemeinschaft im Gewerkschaftshaus waren u. a. auch die Gewerkschaften und Spitzenorganisationen, sowie Parteien durch Fialau, Friede und Soboth vertreten. Die Berichtsstattung und Aussprache über den Berliner Schulabbau mit Landtags- und Stadtparlament ergab: 1. Das preussische Finanzausgleichsgesetz gibt keine Handhabe zu Lehrerentlassungen. Die Kündigungen der Berliner Junglehrer sind somit zu Unrecht erfolgt. 2. Die Frage der Entlassung verheirateter Lehrerinnen soll durch sofortige Verhandlungen im Landtag und Kultusministerium geklärt werden. — Am Dienstag verhandelten Vertreter der Schulnotgemeinschaft mit der Berliner Schuldeputation, Vertretern der Landtags- und Vertretern der staatlichen Schulbehörden. Das Gesamtergebnis war folgendes: 1. Der Berliner Stadtkammerer hat zugegeben, daß die Kündigungen der Berliner Junglehrer teilweise unrichtig erfolgt sind. 2. Schuldeputation und Stadtverordneten waren bei der Behandlung der Entlassungsfragen falsch unterrichtet worden. — Die Berliner Schuldeputation wolle zum 1. Januar 1924 circa 200 verheiratete Lehrerinnen entlassen, bei denen einwandfrei Doppelleistungen nachgewiesen und deren wirtschaftliche Versorgung sichergestellt ist. Auf angebl. fernmündlichen Bescheid durch das Provinzialschulinspektorium unterließ diese Kündigung, da von Seiten des Ministeriums keine Genehmigung dazu erteilt werden würde. Anderen Stelle sollen nunmehr sofort Junglehrer entlassen werden. Nachfragen über diesen angebl. bereits von der Presse durch das städtische Nachrichtenamt verbreiteten Erfolg ergaben bei den beteiligten Behörden eine heftige Konfusion. Eine amtliche Stelle behauptete das Gegenteil von der anderen. Eine Rückfrage mit Kultusminister Boelck am Mittwoch im Landtag ergab auch keine genaue Klarheit. Der Minister brachte lediglich zum Ausdruck, daß er als Inhaber der Schulaufsichtsbehörde gegen Kündigungen verheirateter Lehrerinnen während des Schuljahres wegen der damit verbundenen Unterrichtsstörungen Einspruch erheben würde. Am Mittwoch, den 12. Dezember 1923, sind im Kultusministerium neue Verhandlungen betreffs des Schulabbaues von Herrn Boelck zugestimmt worden. Erwähnenswert ist die Feststellung aus den Verhandlungen, daß Kultus- und Finanzministerium sich noch nicht darüber klar sind, ob die Reichsabbauverordnung nach Zurückziehung der Vorschläge durch die preussische Regierung überhaupt noch für Preußen angewendet werden kann.

Die Kündigung der verheirateten Lehrerinnen. Im amtlichen Preussischen Pressedienst wird folgende Mitteilung veröffentlicht: Die Personalabbauverordnung des Reichs ist in Art. 14 die Möglichkeit, verheirateten Beamtinnen und Lehrerinnen, wenn ihrer wirtschaftliche Versorgung gesichert ist, zu kündigen. In der Öffentlichkeit ist erörtert worden, ob hiernach den im öffentlichen Schuldienst stehenden Lehrerinnen bereits jetzt gekündigt werden darf. Die Vorchrift tritt für die Länder und Gemeinden nicht eher in praktische Wirksamkeit, als die entsprechenden landesrechtlichen Abbaubestimmungen getroffen sind. Da be-

kanntlich eine solche Verordnung für Preußen noch nicht vorliegt, sind die Schulaufsichtsbehörden rechtlich zurzeit nicht in der Lage, Kündigungen dieser Art zu genehmigen.

Ausfall von Straßenbahnlinien. Vom 10. Dezember ab fallen auf der Linie 87 die Abendzüge ab Treptow 10 Uhr 33 Min. und 11 Uhr 8 Min. nach Leipziger Platz und vom Leipziger Platz 11 Uhr 18 Min. und 11 Uhr 48 Min. nach Treptow wegen zu geringer Benützung aus.

Zwei Kinder verkrampft. In der Wohnung des Anbauers Heinrich Dierke in Lange bei Döberitz brach, als der Mann und die Frau abwesend waren, plötzlich Feuer aus, das schnell um sich griff und das Haus wie die gesamten Vorräte einäscherte. Zwei Kinder im Alter von drei und vier Jahren fielen den Flammen zum Opfer, das jüngste Kind konnte von Nachbarn gerettet werden.

Professorsche Feiertände. Die vom Genossen Nochim beherrschten Ordner, treffen sich während 8 Uhr morgens an der bekannten Stelle. Die vom Genossen Dornik beherrschten Ordner trafen um 9 Uhr am Theater- einmang Schillbauern. Tausende Mitglieder des Bildungsausschusses mühten vergeblich zur Stelle sein.

Religion und Hunger. Sonntag, den 9. Dez., abends 6 Uhr, hält Herr Dietz in der Trinitatiskirche, Charlottenburg (mit Untergrundbahn bis Bismarckstraße) eine religiöse Versammlung ab. Thema: „Religion und Hunger“. Gelungene Mitwirkung Genossen Guhr.

Das Eisenbahnunfall von Kreutzen.

Vor der in Kreutzen eingetroffenen 2. Strafkammer des Landgerichts Braunschweig begann die Hauptverhandlung gegen den Lokomotivführer Albrecht, der wegen fahrlässiger Tötung angeklagt ist, weil er unter Nichtbeachtung der auf Halt stehenden beiden Signale vor dem Bahnhof Kreutzen am 30. Juli morgens mit nahezu unermindelter Geschwindigkeit in den Bahnhof einfuhr, so daß der D. 309 88 auf den außerordentlich hohen Borzug D 88 mit großer Heftigkeit aufschlug. Die letzten vier Wagen des Borzuges wurden dabei völlig zertrümmert, 44 Fahrgäste getötet und über 50 schwer verletzt, von denen noch mehrere starben. Der Angeklagte erklärte, als sein Zug sich dem Bahnhof Kreutzen näherte habe, habe er das Signal nicht gesehen, da es schon dämmerte und ihm Kohlenstaub ins Auge geblieben sei. Er sei mit etwa 30 Kilometer Geschwindigkeit auf den Borzug aufgefahren. Die Bremse habe erst eingeseht, als die Lokomotive sich etwa 400 Meter vor dem im Hauptbahnhof Kreutzen stehenden Borzug befand. Als er aufschlug, sei er von der Maschine gesprungen. Mehr wisse er nicht. Dann folgte die Zeugenerhebung.

Gewerkschaftsbewegung

Wie der Achtsundentag abgebaut wird?

Am Montag abend (in Nr. 564 des „Vorwärts“) brachten wir eine Mitteilung aus Fürstenwalde, die sich mit einem Antrag der Firma Julius Binisch u. G. befaßte. Der Verband Brandenburger Metallindustrieller schloß sich voran, uns durch seinen Syndikus eine Entgegnung darauf zugehen zu lassen. Ueber die Angelegenheit ist zunächst mit der gesetzlichen Betriebsvertretung verhandelt worden. „Sobald wurde nach ergebnislosen Verhandlungen bekannt gemacht“, daß die Arbeitszeit von 7 bis 6 1/2 Uhr abends (nicht von 6 bis 5 1/2 Uhr) mit insgesamt 2 Stunden Pausen, also 9 1/2 Stunden währe, an den drei Tagen, an denen gearbeitet werden soll. „Die Gründe, die die Firma vorgebracht hat, sind die Überforderung der Arbeiterzeit bemessen haben, sind der gesetzlichen Betriebsvertretung sowie auch den Gewerkschaften bekannt und sind darin zu suchen, daß es sich bei der Fürstenwalder Firma Julius Binisch um große dünnwandige Hölzer handelt, die außerordentlich schwer heizbar sind und somit bei täglicher Heizung und Inanspruchnahme von nur wenigen Stunden erhebliche Verluste verursachen.“

Die Angelegenheit habe inzwischen den Schlichtungsausschuß beschäftigt, der die Gründe der Firma anerkannt und einen Schlichter bestellt habe, wonach die Arbeitszeit, wie von der Firma beantragt, unter Veränderung der Pausen, festgesetzt worden ist. Diesen Schlichterspruch haben die Gewerkschaften im Beisein des Obmanns des Betriebsrates sofort nach Fällung angenommen.“

Tatsache bleibt also, daß die Arbeit auf drei Tage in der Woche zusammengelegt und die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden verlängert wurde. Ob die Arbeitszeit bei Vollbetrieb wieder auf acht Stunden herabgesetzt wird, davon ist nicht die Rede.

Der Lohnkampf der brandenburgischen Gemeindearbeiter.

Die Lohnverhandlungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit dem Bezirksarbeitsgeberverband märkischer Gemeinden sind nun bereits zum zweiten Male gescheitert. Die Arbeiterchaft in den Gemeindebetrieben ist ja nach der Verordnung des Reichsleiters III, die auch die Gemeindebetriebe zu den lebenswichtigen zählt und den Streit in diesen bei schweren Strafen verbietet, vogelfrei und wirtschaftlich ohnmächtig. Seit Jahr und Tag werden in den Gemeindebetrieben die Löhne der Staatsarbeiter gezahlt, der Verband märkischer Gemeinden will aber los von diesen Löhnen, weil sie nach Meinung des Vorstandes „zu hoch“ sind. Die Erregung, welche in den Kreisen der Staatsarbeiter, Angestellten und Beamten über die letzte, völlig ungenügende Lohn- und Gehaltsregelung herrscht, ist allgemein bekannt, bleibt aber völlig unbeachtet. Die Mehrzahl der Tarifstädte ist nach dem Beamtengehalt in die Klassen A, B und C eingruppiert. Den Arbeitern bietet man einfach die Löhne der Ortsklasse D an und glaubt damit sein soziales Gewissen beruhigt zu haben. Die Arbeiter kämpfen um die Erhaltung ihrer Lohnbasis, weil die wirtschaftliche Notlage dies bedingt. Denn niemand kann behaupten, daß die Friedenspreise schon erreicht sind, darum lohnt man auch konsequent die Friedenslöhne ab. Der „Verordnungsstoff“ wird genau wie bei jedem Gehaltsänderungsband in Rechnung gestellt, er soll ganz einfach von den Arbeitern allein getragen werden. Diese Lohnpolitik ist eine überaus arroganter Art. Wir machen die Vertreter der Arbeiterchaft in den Staatsverwaltungen auf diese Vorgänge aufmerksam, die Dinge sind zu ernst, um auf die leichte Achsel genommen zu werden. Verlangt Rechenschaft von euren Magistraten, es gilt den Schutz der Arbeiter, welche durch Ausnahmebestimmungen geschützt sind. Die Gemeindearbeiter erwarten eine gleichwertige Behandlung wie die Beamten und Schutz vor unbedingten, vorgefertigten Lohnverhandlungen.

Lohnregelung im Töpfergewerbe.

Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern des Töpfergewerbes führten zu folgendem Resultat: Der Stundenlohn für die Densler beträgt bis auf weiteres 75 Goldpfennige; bei Ueberarbeiten kommen drei Viertel der Friedensgrundpreise zur Verrechnung. Nach drei Arbeitstagen kommen 80 Proz. des bisher verdienten Lohnes als Voranschlag zur Auszahlung; der Rest am Schluß der Lohnwoche. Bei Voranschlagungen geschieht die Umrechnung zum amtlichen Mittelfuß des Zahlens, die Restzahlungen am Ende der Lohnwoche zum amtlichen Mittelfuß des vorhergehenden Tages. Jede Voranschlagung ist sofort in Goldwährung umzurechnen. Arbeiter (Erleger) auf Banken erhalten den Stellenstundenlohn. Die Richtlinien für die Hilfsarbeiter sind: Im Alter von 14—16, 16—18, 18 bis 21 und über 21 Jahre 25, 33 1/2, 45 und 55 Proz. des Stellenstundenlohnes. Die Vereinbarung erfolgt am Ende der Lohnwoche, in welcher von einer Seite der vertragschließenden Parteien neue Verhandlungen beantragt werden.

In der Verhandlungssitzung erklärten die Unternehmer, daß sie bis zu neuen Verhandlungen über den Arbeitsnachweis die alten Abmachungen respektieren wollen und dafür sorgen wollen, daß alle Unternehmer ihre Leute nach den Schritten des Arbeitsnachweises vom Arbeitsnachweis entnehmen. Wir weisen nachdrücklich darauf hin, daß Umschauen streng verboten ist und der Nachschuß des Nachweises einstimmig beschlossen hat, Maßnahmen zu ergreifen,

